WP 7 Wahlprogrammkapitel: Soziales, Gesundheit & Vielfalt

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 4. Beratung und Beschlussfassung des Wahlprogramms

Antragstext

Was wir sehen

Das Saarland lebt von den Menschen, die hier zusammenleben. Unterschiedliche Lebenswege, Herkünfte, Fähigkeiten und Perspektiven machen unser Land stärker. Doch für viele wird gutes Leben schwieriger. Kinder- und Altersarmut steigen, immer mehr Menschen sind auf soziale Unterstützung angewiesen, und wer in eine Notlage gerät, fällt zu leicht durch ein soziales Netz, das gerade dort dünn ist, wo es tragen müsste. Wohnungslosigkeit und drohender Wohnungsverlust verschärfen soziale Notlagen zusätzlich. Frauen, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderungen tragen ein besonders hohes Armutsrisiko. Und noch immer entscheiden Einkommen, soziale Herkunft, Geschlecht, Behinderung oder Alter zu häufig darüber, welche Chancen Menschen haben und ob sie sich sicher und anerkannt fühlen, besonders beim Zugang zu Bildung und Teilhabe.

Auch die gesundheitliche Versorgung ist längst nicht überall gesichert. Hausarztpraxen finden keine Nachfolge, Wege zur nächsten Facharztpraxis werden länger, und im ländlichen Raum fehlt es an wohnortnahen Angeboten. Pflegekräfte, Ärzt:innen und Therapeut:innen arbeiten am Limit, Fachkräfte fehlen an allen Ecken und pflegende Angehörige tragen eine Last, die zu oft unsichtbar bleibt. Besonders groß sind die Versorgungslücken bei psychischen Erkrankungen sowie bei niedrigschwelligen Präventions-, Beratungs- und Therapieangeboten. Auch eine verlässliche Hospiz- und Palliativversorgung ist noch nicht überall erreichbar. Eine älter werdende Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass gute Versorgung und Pflege erreichbar bleiben, unabhängig von Wohnort und Einkommen.

Gerade das Saarland als älter werdende Grenzregion braucht deshalb eine Politik, die soziale Sicherheit und gute Gesundheitsversorgung ins Zentrum stellt, gleiche Rechte sichert, Teilhabe ermöglicht und niemanden zurücklässt. Vielfalt ist dabei kein Nebenschauplatz, sondern eine Stärke, auf die wir bauen.

Was wir wollen

Wir wollen ein Saarland, in dem gutes Leben nicht vom Geldbeutel abhängt. Wir wollen ein soziales Netz, das trägt, und einen Sozialstaat, der Menschen in schwierigen Lebenslagen unterstützt, statt sie zu verwalten. Kein Kind soll in Armut aufwachsen und niemand soll im Alter in Not geraten. Soziale Sicherheit heißt für uns, das soziokulturelle Existenzminimum zu sichern und allen Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, unabhängig von Einkommen und Wohnort.

Gute Gesundheit ist Teil der Daseinsvorsorge. Wir wollen eine Versorgung, die zu den Menschen kommt, und nicht umgekehrt, mit kurzen Wegen, starken Gesundheitsberufen und einer Pflege, die ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter ermöglicht. Gesundheitsversorgung, Pflege und Sozialarbeit denken wir

zusammen, damit niemand zwischen den Systemen verloren geht. Wir sorgen dafür, dass gute Versorgung weder vom Wohnort noch vom Einkommen abhängt. Prävention, psychische Gesundheit, sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung sowie eine würdevolle Begleitung am Lebensende gehören für uns selbstverständlich dazu.

Zugleich wollen wir ein Saarland, in dem alle Menschen frei, sicher und selbstbestimmt leben können. Vielfalt verstehen wir umfassend: Sie umfasst unterschiedliche Herkünfte, Geschlechter, Religionen, Behinderungen, Altersgruppen, sexuelle Identitäten und Lebensrealitäten ebenso wie unterschiedliche soziale Hintergründe, Einkommen, Bildungsbiografien und Lebenswege. Soziale Herkunft und der bisherige Bildungsweg dürfen nicht darüber entscheiden, wer gesellschaftlich und politisch teilhaben, Verantwortung übernehmen und das Saarland mitgestalten kann. Freiheit bedeutet für uns nicht nur gleiche Rechte auf dem Papier, sondern gleiche Chancen im Alltag. Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe sind für uns kein Sonderthema, sondern ein Grundprinzip politischen Handelns.

Teilhabe bedeutet für uns mehr als den Zugang zu Leistungen. Jeder Mensch soll erfahren, dass er dazugehört, gebraucht wird und sein Leben und unsere Gesellschaft mitgestalten kann.

Die damit verbundenen unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven wollen wir sichtbar machen und gleichberechtigt einbeziehen.

Mit dem demografischen Wandel gewinnt dabei auch die Frage an Bedeutung, wie wir ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben in jedem Alter ermöglichen.

Was wir tun

1. Wir bekämpfen Armut entschlossen.

Armut grenzt aus und vererbt sich über Generationen. Frauen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind besonders häufig von Armut und prekärer Beschäftigung betroffen. Ihre Lebenslagen berücksichtigen wir gezielt in der Armutsbekämpfung. Über eine Bundesratsinitiative setzen wir uns für eine Kindergrundsicherung und eine weitgehend sanktionsfreie Grundsicherung ein, die das soziokulturelle Existenzminimum sichert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

2. Wir stärken Beratung und Unterstützung vor Ort.

Sozial-, Schuldner- und Gemeinwesenberatung bauen wir wohnortnah aus, damit Menschen in Notlagen schnell und unbürokratisch Hilfe erhalten. In Stadtteilen, Quartieren und Dörfern schaffen wir niedrigschwellige und barrierefreie soziale Anlaufstellen. Die Kommunen unterstützen wir dabei, datenbasierte Strategien gegen Kinder-, Familien- und Altersarmut zu entwickeln und umzusetzen. Die Tafeln fördern wir verlässlich mit finanziellen Mitteln und Infrastruktur, verstehen sie aber als Ergänzung und nicht als Ersatz für eine wirksame soziale Sicherung. Auch die Kinder- und Jugendhilfe sichern und stärken wir als festen Bestandteil des sozialen Netzes.

3. Wir stärken Suchthilfe und Suchtprävention.

Suchtkranke Menschen und ihre Angehörigen brauchen Hilfe statt Stigmatisierung. Deshalb sichern wir niedrigschwellige, wohnortnahe und aufsuchende Beratungs- und Hilfsangebote. Suchtberatung, medizinische und psychotherapeutische Versorgung sowie soziale Unterstützung verzahnen wir besser miteinander. Präventionsangebote bauen wir insbesondere für Kinder und Jugendliche aus. Gleichzeitig wollen wir ein Ende der Stigmatisierung von Cannabiskonsument:innen. Wir wollen die Gründung und den Betrieb von Cannabis-Anbauvereinigungen erleichtern. Dafür sorgen wir für schlanke, transparente und schnellere Genehmigungsverfahren, klare Zuständigkeiten in einer zentralen Landesbehörde und verlässliche Fristen für die Bearbeitung von Anträgen. Verwaltungsvorgaben, die über das Bundesrecht hinausgehen und Cannabisvereine unnötig behindern, schaffen wir ab. So ermöglichen wir einen legalen, kontrollierten und gesundheitsorientierten Zugang zu Cannabis, schwächen den Schwarzmarkt und entlasten Polizei und Justiz. Die Landesbehörden dürfen nicht länger Bremsklotz in dieser Thematik sein.

4. Wir verhindern Wohnungsverlust und stärken die Obdachlosenhilfe.

Wir bauen die Obdachlosenhilfe bedarfsgerecht aus und unterstützen Kältebusse, Wärmestuben sowie ausreichend geschützte Angebote für wohnungslose Frauen. Gleichzeitig stärken wir präventive Hilfen, damit Mietschulden und soziale Notlagen nicht zum Verlust der Wohnung führen.

5. Wir bekämpfen Wohnungslosigkeit mit Housing First.

Jeder Mensch braucht zuerst ein Zuhause, bevor andere Probleme dauerhaft gelöst werden können. Deshalb bauen wir Housing-First-Angebote flächendeckend aus. Wohnungslose Menschen sollen direkt in regulären Wohnraum vermittelt und dabei durch Sozialarbeit, Gesundheitsversorgung und individuelle Hilfen begleitet werden. Dieser Ansatz ist menschlicher, erfolgreicher und langfristig wirtschaftlicher als eine dauerhafte Unterbringung in Notunterkünften.

6. Wir schaffen Perspektiven für Langzeitarbeitslose.

Wer lange ohne Arbeit ist, braucht individuelle Wege zurück in Beschäftigung und keine Sanktionen. Wir setzen auf einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt nach dem „Passiv-Aktiv-Modell“ und führen Menschen darüber Schritt für Schritt wieder an reguläre Arbeit heran. Die Jobcenter sollen dabei durch Motivation und passgenaue Qualifizierung begleiten, statt durch Druck, mit gezielten Bildungs- und Förderangeboten, die individuellen Stärken erkennen und ausbauen.

7. Wir sorgen für gute, sichere und existenzsichernde Arbeit.

Arbeit muss ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und vor Armut schützen. Deshalb setzen wir uns für gleichen Lohn, für gleiche und gleichwertige Arbeit, eine stärkere Tarifbindung und weniger prekäre und sachgrundlos befristete

Beschäftigung ein. Das Land übernimmt als Arbeitgeber Verantwortung und reduziert Befristungen im eigenen Bereich. Gewerkschaften, Betriebsräte und andere Interessenvertretungen der Beschäftigten stärken wir. Weiterbildung und berufliche Neuorientierung müssen allen Menschen offenstehen, unabhängig von Einkommen, Erwerbsstatus oder Bildungsabschluss. Deshalb verbessern wir Weiterbildungs- und Umschulungsangebote, entwickeln das saarländische Bildungsfreistellungsrecht weiter und stärken flexible, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle mit einem verlässlichen Rückkehrrecht aus Teilzeit. Ausbildungsberufe werten wir auf und sorgen für eine frühzeitige, unabhängige und klischeefreie Berufsorientierung. Auch Solo-Selbstständige und kleine Betriebe brauchen soziale Sicherheit und faire Rahmenbedingungen, damit Selbstständigkeit nicht zum Armutsrisiko wird.

8. Wir ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe für alle.

Teilhabe darf weder an Barrieren noch am Einkommen scheitern. Soziale und finanzielle Sicherheit sind Voraussetzungen für Teilhabe. Wir brauchen eine Politik, die Armut wirksam bekämpft und verhindert, dass Menschen trotz Arbeit, familiärer Verantwortung oder Selbstständigkeit in existenzielle Not geraten. Unterstützungsangebote müssen niedrigschwellig, verständlich und erreichbar sein. Behörden sollen Menschen beraten und ihnen Wege aufzeigen, statt sie durch komplizierte Verfahren oder hohe Zugangshürden von Leistungen und gesellschaftlicher Teilhabe auszuschließen. Dazu gehören barrierefreie Mobilität, ein einfacher Zugang zu Sozialtickets, kulturelle Angebote ohne Hürden sowie eine digitale Verwaltung, die für alle Menschen zugänglich ist. Deshalb unterstützen wir private Unternehmen, Gastronomie, Geschäfte sowie öffentlich zugängliche Kultur-, Freizeit-, Sport- und Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen dabei, ihr Angebot barrierefrei zugänglich zu machen.
8.1 Menschen mit Behinderungen müssen auch im Arbeitsleben gleichberechtigt teilhaben und faire Bedingungen vorfinden. Wir wollen den Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt verbessern, notwendige Unterstützungsangebote ausbauen und mehr inklusive Arbeitsplätze schaffen. Zugleich setzen wir uns in Werkstätten und anderen unterstützten Beschäftigungsangeboten für gute Arbeitsbedingungen, echte Mitbestimmung und eine faire Anerkennung der geleisteten Arbeit ein.

9. Wir gestalten Integration erfolgreich.

Integration und gesellschaftliche Teilhabe beginnen für uns am ersten Tag und finden vor allem vor Ort statt. Deshalb unterstützen wir die Kommunen verlässlich bei der Aufnahme und Integration geflüchteter und neu zugewanderter Menschen. Ihre Unterbringung gestalten wir menschenwürdig und möglichst dezentral. Verbindliche Qualitätsstandards, Gewaltschutzkonzepte und unabhängige Beratungsangebote sichern ihre Rechte. Besonders schutzbedürftige Menschen müssen frühzeitig erkannt werden und Zugang zu psychosozialen und gesundheitlichen Hilfen erhalten. Beratung, kostenfreie Sprachförderung und wichtige Informationen machen wir niedrigschwellig, barrierefrei und mehrsprachig zugänglich. Kommunale Integrationsbeauftragte, Integrationslots:innen, das Ehrenamt und Migrant:innenselbstorganisationen stärken und vernetzen wir. Ausländerbehörden entwickeln wir zu modernen Willkommensbehörden weiter, die zügig, transparent und integrationsorientiert handeln. Menschen, die hier arbeiten, eine Ausbildung absolvieren, studieren und

Teil unserer Gesellschaft geworden sind, brauchen eine verlässliche, dauerhafte Bleibeperspektive. Geflüchtete und Geduldete sollen niedrigschwelliger eine Beschäftigungserlaubnis erhalten sowie soll der "Spurwechsel" in einen rechtmäßigen Aufenthalt erleichtert werden. Zugleich stärken wir die politische Beteiligung und Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, entwickeln die Integrationsbeiräte weiter und gestalten Einbürgerungsverfahren transparent, zügig und unbürokratisch.
Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder, Jugendliche und erwachsene Geflüchtete oder Geduldete in Schule, Ausbildung, Studium oder Arbeit vor vermeidbarem Leid und Entwurzelung geschützt werden. Deshalb wollen wir aus humanitären Gründen unter den entsprechenden ausländerrechtlichen Voraussetzungen die Abschiebung von Ausländern für längstens drei Monate aussetzen (vorübergehender Abschiebungsstopp).

10. Wir sorgen für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung und stärken die Prävention.

Versorgung soll zu den Menschen kommen, nicht umgekehrt. Deshalb fördern wir Medizinische Versorgungszentren insbesondere im ländlichen Raum, bauen kommunale Gesundheitszentren aus und unterstützen mobile medizinische Teams. Kommunen unterstützen wir dabei, Praxisräume bereitzustellen, Niederlassungen zu fördern und gemeinsam mit den Gesundheitsberufen regionale Versorgungskonzepte zu entwickeln. Apotheken vor Ort sichern wir als unverzichtbaren Bestandteil der Daseinsvorsorge. Telemedizinische Angebote bauen wir dort aus, wo sie die persönliche Versorgung sinnvoll ergänzen und lange Wege vermeiden.
Niedrigschwellige Anlaufstellen wie Gesundheitskioske sowie regionale Gesundheitskonferenzen sollen Beratung, Prävention und Versorgung vor Ort besser vernetzen. Geeignete Leistungen wollen wir stärker ambulant erbringen und Gesundheitsversorgung, Pflege und Sozialarbeit besser miteinander verzahnen.

11. Gesundheitsförderung und Prävention bauen wir in Kitas, Schulen, Betrieben und Quartieren aus.

Dabei nehmen wir Bewegung, Ernährung, Suchtprävention sowie geschlechts- und altersspezifische Gesundheitsrisiken stärker in den Blick. Unsere Suchtprävention orientiert sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen, stärkt die Gesundheitskompetenz und verbindet wirksamen Jugendschutz mit früher Beratung und Hilfe. Wir wollen, dass Jugendliche kostenlos und diskret Zugang zu Verhütungsmitteln erhalten, insbesondere zu Kondomen. Dafür stellen wir Verhütungsmittel an weiterführenden und beruflichen Schulen bereit, etwa über Spender, die Schulsozialarbeit oder die Schulgesundheitsfachkräfte. Begleitend stärken wir eine altersgerechte, vorurteilsfreie Sexualaufklärung auf Augenhöhe. So wollen wir vor ungewollten Schwangerschaften und sexuell übertragbaren Infektionen schützen und fördern ein selbstbestimmtes, verantwortungsvolles Handeln.

12. Wir verbessern die Versorgung bei psychischen Erkrankungen.

Psychische Gesundheit ist eine Voraussetzung für Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe. Wir stehen solidarisch an der Seite psychisch erkrankter Menschen sowie den niedergelassenen Psychotherapeut:innen. Deswegen werden wir uns auf Bundesebene weiterhin für dringlich notwendige Korrekturen des BstabH, eine Überarbeitung der Bedarfsplanung und die Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung einsetzen.
Wir wollen niedrigschwellige Beratungs-, Präventions- und Therapieangebote ausbauen, vor Allem für Kinder und Jugendliche im Suchtbereich. Beschäftigte in Schulen, Jugendhilfe, Verwaltung und Gesundheitswesen sollen durch Fortbildungen psychische Belastungen früher erkennen und Betroffene kompetent unterstützen können.

13. Wir stärken eine geschlechtersensible und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung.

Viele Erkrankungen zeigen abhängig von Geschlecht und körperlichen Voraussetzungen unterschiedliche Symptome und Verläufe. Auch Arzneimittel können unterschiedlich wirken. Deshalb wollen wir Erkenntnisse der Gendermedizin stärker in Forschung, Diagnostik und Behandlung verankern. Gemeinsam mit der Ärztekammer des Saarlandes schaffen wir vom Land geförderte Weiterbildungsangebote zur Gendermedizin für niedergelassene und angestellte Ärzt:innen. Bei der Vergabe landeseigener Forschungsmittel berücksichtigen wir insbesondere Vorhaben, die geschlechtsspezifische Unterschiede in Physiologie sowie Wirkung, Neben- und Wechselwirkungen von Arzneimitteln systematisch untersuchen.

Trans-, intergeschlechtliche, nichtbinäre und agender Personen müssen sich ebenso wie Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen darauf verlassen können, im Gesundheitswesen respektvoll und diskriminierungsfrei behandelt zu werden. Gemeinsam mit Betroffenen, Fachverbänden und den Akteur:innen des Gesundheitswesens identifizieren wir strukturelle Benachteiligungen und entwickeln Strategien, um diese abzubauen. Sensibilisierung und Qualifizierung im Umgang mit TINA*-Personen (Abkürzung für trans*, inter*, nicht-binär/abinär und agender Personen) bauen wir aus und verankern Wissen über ihre spezifischen gesundheitlichen Bedarfe stärker in der medizinischen Versorgung.

Für das Saarland entwickeln wir eine Endometriose-Strategie. Das Land unterstützt die Universitätsmedizin und regionale Kliniken beim Aufbau und bei der Zertifizierung eines spezialisierten Endometriosezentrums. Damit bündeln wir die interdisziplinäre Versorgung, verkürzen Diagnosewege und vermeiden lange Wege für Betroffene. Zugleich fördern wir universitäre und interdisziplinäre Forschungsprojekte zur Ursachenforschung und zur Verbesserung der Frühdiagnostik.

14. Wir stärken die Gesundheitsberufe.

Ein starkes Gesundheitssystem braucht starke Teams. Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen in Pflege und Therapie ein, fördern Aus- und Weiterbildung

und schaffen attraktive Entwicklungsperspektiven. Neue Berufsprofile wie Community-Health-Nurses und Physician Assistants wollen wir gezielt ausbauen und ihre Kompetenzen sinnvoll in die Versorgung integrieren. Dabei stärken wir die eigenständigen Kompetenzen der Gesundheits- und Pflegeberufe und entlasten Ärzt:innen von Aufgaben, die qualifizierte Fachkräfte ebenso gut übernehmen können.

15. Wir gewinnen mehr Fachkräfte für das Gesundheitswesen.

Wir machen das Praktische Jahr im Saarland attraktiver, setzen uns für faire Ausbildungsbedingungen ein und verbessern die Vergütung. Gleichzeitig beschleunigen wir die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse durch digitale Verfahren, verbindliche Fristen und begleitende Qualifizierungsprogramme, ohne die Qualitätsstandards zu senken.

16. Wir gestalten Krankenhäuser und Pflege zukunftsfest.

Die Krankenhausplanung muss transparent, nachhaltig und verlässlich erfolgen. Qualität, Erreichbarkeit, ausreichendes Personal und Klimaschutz werden zu verbindlichen Kriterien. Die wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung sichern wir; spezialisierte Leistungen bündeln wir dort, wo dies nachweislich die Behandlungsqualität verbessert. Gemeinwohlorientierte Trägerstrukturen wollen wir erhalten und eine weitere Privatisierung der Krankenhausversorgung verhindern. Patient:innensicherheit, ein transparenter Umgang mit Behandlungsfehlern und eine kontinuierliche Qualitätssicherung werden verbindliche Bestandteile der Krankenhausplanung. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und soziale Dienste unterstützen wir dabei, verbindliche Hitzeschutzkonzepte umzusetzen. Gleichzeitig stärken wir die kommunale Pflegekoordination, unterstützen pflegende Angehörige und bauen ambulante Pflegeangebote aus. Dazu gehören insbesondere mehr verlässliche Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätze sowie niedrigschwellige Entlastungsangebote. Pflegende Angehörige erhalten leichteren Zugang zu Beratung, Schulungen und Verhinderungspflege. Mobile Pflegeteams, Gemeindepfleger:innen und Fahrdienste zu medizinischen Terminen sollen insbesondere im ländlichen Raum Versorgungslücken schließen. Eine landesweite, digitale Übersicht soll die Suche nach freien Pflege-, Tagespflege- und Kurzzeitpflegeplätzen erleichtern. Pflege, Medizin und Sozialarbeit sollen künftig deutlich enger zusammenarbeiten, damit Menschen auch im Alter gut versorgt in ihrem Zuhause leben können.

17. Wir stärken Gleichstellung und den Schutz vor Diskriminierung.

Wir schaffen ein saarländisches Antidiskriminierungsgesetz mit einer unabhängigen Beschwerde- und Ombudsstelle.Wir sichern queere Beratungs- und Jugendarbeit mit dauerhafter, mehrjähriger Förderung statt kurzer Projektmittel. Wir bauen ein landesweites Beratungsnetz für queere Personen auf, angedockt an die Beschwerde- und Ombudsstelle, das auch im ländlichen Raum erreichbar ist. Wir unterstützen Community-Veranstaltungen einschließlich der Sicherheitskosten. Queere Räume und Jugendgruppen generell fördern wir gezielt, besonders Selbstorganisationen von trans* und inter* Personen, queeren Menschen mit

Migrationsgeschichte und queeren Senior*innen. Eine Gleichstellungsbeauftragte auf Landesebene sowie Gender-Budgeting sorgen dafür, dass Gleichstellung bei politischen Entscheidungen konsequent mitgedacht wird. Sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung darf nicht am Einkommen oder am Wohnort scheitern. Wir sichern wohnortnahe Beratung, verbessern den Zugang zu Verhütungsmitteln und Menstruationsprodukten für Menschen mit geringem Einkommen und stärken geschlechtersensible Medizin in Forschung, Ausbildung und Versorgung.

18. Wir verwirklichen echte Inklusion.

Alle Menschen sollen von Anfang an gemeinsam leben, lernen und arbeiten können. Grundlage unseres Handelns ist die UN-Behindertenrechtskonvention, die wir mit einem verbindlichen Aktionsplan konsequent in die Praxis umsetzen und gemeinsam mit den Behindertenverbänden weiterentwickeln. Inklusive Bildung stärken wir und machen sie zum Regelfall, von der Frühförderung über die Kita bis zur Schule, mit den nötigen personellen, pädagogischen und unterstützenden Voraussetzungen. Auf dem Arbeitsmarkt schaffen wir echte Wahlfreiheit, indem wir Alternativen zur Beschäftigung in Werkstätten und Integrationsbetrieben ausbauen. Kommunikative und informationelle Barrieren bauen wir ab, etwa durch Gebärdensprache, Leichte Sprache und barrierefreie digitale Angebote und sichern die Assistenz, die Menschen mit Behinderungen für ein selbstbestimmtes Leben brauchen. Dabei stellen wir sicher, dass Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände an der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen beteiligt werden. Eingliederungshilfen sichern wir dauerhaft, damit Menschen in allen Lebensbereichen frei entscheiden können, wie sie leben, lernen, wohnen und arbeiten.

19. Wir ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

Gemeinsam mit Kommunen und Senior:innenvertretungen entwickeln wir eine landesweite, datenbasierte Strategie für ein gutes Leben im Alter. Wir fördern altersgerechte und inklusive Quartiere, gemeinschaftliche Wohnformen, Nachbarschaftshilfen und Orte der Begegnung. Barrierefreie Mobilität, leicht zugängliche Informationen und digitale Teilhabe sichern wir auch in Pflegeeinrichtungen. Projekte gegen Einsamkeit und für den Austausch zwischen den Generationen unterstützen wir dauerhaft.

20. Wir sichern eine würdevolle Begleitung am Lebensende.

Wir bauen die ambulante und stationäre Hospiz- und Palliativversorgung bedarfsgerecht aus und sichern eine flächendeckende spezialisierte Schmerztherapie sowie psychosoziale Begleitung. Menschen sollen möglichst selbst entscheiden können, wo und wie sie ihre letzte Lebensphase verbringen. Dafür stärken wir insbesondere ambulante Hospizdienste und die palliative Versorgung im häuslichen Umfeld. Auch Angehörige erhalten verlässliche Beratung, Begleitung und Entlastung.